



Klassenkampf von oben

Charlotte Kögel* zu strategischen Fehlern und der Notwendigkeit einer weiteren Demokratisierung der Tarifpolitik

In: *express* 4/2025

Charlotte Kögel widerspricht der Einschätzung von Ulrich Maaz. Sie kritisiert in ihrem Kommentar zur Tarifrunde unklare Forderungen, eine schwache Mobilisierung und einen Mangel an Demokratie im Entscheidungsprozess.

Nun ist er da, der erste Abschluss mit einer Arbeitszeitverlängerung für einen Flächentarifvertrag im Organisationsbereich von ver.di. Dabei hatte ver.di das Thema Arbeitszeit selbst aufgerufen – mit der Intention einer Verkürzung. Nun gilt es zu fragen, welche strategischen Fehler zu diesem Ergebnis geführt haben. Ein Überschätzen der eigenen Kraft nach den Erfolgen in der Tarifrunde 2023? In dieser war eine bemerkenswerte Bewegung entstanden. Die hatte sich nicht nur in hohen Eintrittszahlen, sondern auch im »Megastreik«, der gemeinsam mit der EVG geführt wurde, ausgedrückt.¹

Die Tarifrunde begann im Februar 2024, fast ein Jahr vor Kündigung des Tarifvertrags, mit der Arbeitszeitbefragung. Etwa 258.000 Kolleg:innen beantworteten einen langen Fragebogen zu Arbeitsbelastungen, Überstunden und Zeitausgleich. Aus heutiger Sicht vielleicht der erste Fehler: Die Fragen führten nicht zu einer klaren Präferenz, sondern zeigten vielmehr, wie unterschiedlich die Bedürfnisse je nach Branche waren.² Dies spiegelte sich im Forderungsbeschluss: Selbst für Gewerkschaftssekretär:innen und betrieblich Aktive war er erklärungsbedürftig. Statt ein klares arbeitszeitpolitisches Signal zu senden, wurde mit der Idee des »Meine-Zeit-Kontos« und branchenspezifischen Forderungen wie Zuschlagserhöhungen, bezahlten Pausen bei Wechselschicht und ähnlichem ein unübersichtlicher Blumenstrauß an Forderungen geschaffen.

Im Kontrast dazu bestand die Stärke der Tarifrunde 2023 in ihrer klaren Botschaft. Diese wurde durch die verteilungspolitische Forderung und unmissverständliche Kommunikation der ver.di-Führung nach außen gesendet. Der hohe Sockelbetrag als tarifpolitische Antwort auf die Belastung durch die Inflation erhielt über alle Entgeltgruppen hinweg Zuspruch. Ein solches vereinendes politisches Moment hat in dieser Tarifrunde zu jeder Zeit gefehlt – und das, obwohl die vorgezogene Bundestagswahl sogar eine gute Möglichkeit geboten hätte, die Tarifrunde – etwa durch Streiks inmitten des Wahlkampfs – zu politisieren.

Bei Forderungsbeschluss im Oktober 2024 war nicht klar, dass es vorgezogene Neuwahlen geben würde. Und doch war absehbar, dass sich die politischen Mehrheiten zugunsten einer kommenden Merz-Politik veränderten. Der Diskurs, insbesondere rund um die Arbeitszeit, hatte sich schon im Sommer in Richtung eines »mehr arbeiten für Deutschland« verschoben.³

¹ <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1172034.verkehrsstreik-von-verdi-und-evg-gemeinsamer-grossstreik-aussergewoehnlich-angemessen.html>

² <https://www.wsi.de/de/wsi-mitteilungen-hohe-belastungen-und-unbesetzte-stellen-arbeitszeitbefragung-im-oeffentlichen-dienst-64891.htm>

³ https://www.focus.de/magazin/archiv/titel-sind-die-deutschen-zu-faul_id_259991256.html

Es ist durchaus möglich, gegen die politische Presse eine ehrgeizige Tarifrunde mit dem Schwerpunkt Arbeitszeit zu führen – sowohl die Belastungen als auch die unzähligen geleisteten Überstunden im öffentlichen Dienst weisen auf den Bedarf hin. Aber dann braucht es klare Botschaften und den Mut, sich gegen diesen durch bürgerliche Parteien angetriebenen Diskurs zu stellen.

Ohne solche mutigen Aussagen begann die Tarifrunde mit großer Ungewissheit, was etwa die Forderung des »Meine-Zeit-Kontos« bedeuten sollte. Schon nach kurzer Zeit war klar, dass auch die besten Ideen von den Verhandlungsgegnern abgelehnt wurden. Dass der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bis zur dritten Verhandlungsrunde kein Angebot vorlegten, dürfte Teil ihrer Strategie gewesen sein, sich mit ihrer Forderung nach Erhöhung des Arbeitsvolumens am Ende durchzusetzen.

Die lange botschaftsschwache Mobilisierung von Februar bis zur Verhandlung führte nicht zum Erfolg und wird inzwischen intern kritisiert. Hinzu kommen Fehler in der Verhandlungsstrategie. Als die Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden auf den Tisch gelegt wurde, hätte es eine klare Haltung gebraucht, um sie abzuwenden. Auch die Kommunikation in die Betriebe vor der vierten Verhandlungsrunde erfolgte zu spät und zu zögerlich. Die gesellschaftlichen Kosten dieses Pakets aus der Umwandlung der Jahressonderzahlung, einem Urlaubstag und der 42-Stunden-Möglichkeit sind nicht aufzuwiegen. Die Ungleichbehandlung verschiedener Branchen ist ebenfalls ein großes Problem. Großer Verlierer sind die Krankenhausbeschäftigten. Für sie gibt es beispielsweise nicht die Möglichkeit, Geld in Freizeit umzuwandeln, weil es ohnehin an Pflegepersonal fehlt.

Die Wirksamkeit weiterer Streiks und deren Einfluss auf das Ergebnis bleiben vielleicht diskutabel, doch fehlte das Zutrauen, den wagemutigen Schritt in Richtung Ablehnung zu gehen. Es kursieren viele Erzählungen über das Abstimmungsverhalten innerhalb der Tarifkommission. Diese decken sich vor allem in einem: Dort, wo es – im Sinne einer demokratisierten Gewerkschaftsarbeit – mit vielen Streikenden rückgekoppelte Mandate zur Frage der 42-Stunden-Arbeitswoche gab, überwog die Haltung, dem Ergebnis nicht zuzustimmen – auch wenn dies weitere Verluste bedeuten könnte. Es braucht also einen klaren Auftrag für die Kolleg:innen und keine Mitglieder in der Bundestarifkommission, die aus dem Bauch heraus oder gar nach Votum der Hauptamtlichen abstimmen.

So bleibt ein Tarifergebnis, das die historische Errungenschaft des Achtstundentags zu unterterminieren beginnt. Da hilft es nicht, dass die Entgeltsteigerung über dem Niveau von EVG oder IG Metall liegt. Man muss dieses Ergebnis auch als Moment des vielzitierten »Rechtsrucks« betrachten, der Teil eines Klassenkampfes von oben ist. In diesem haben die Arbeiter:innen eine Niederlage erlitten, die auch auf die Kappe der strategisch schwachen Gewerkschaftsführung geht.

** Charlotte Kögel ist langjährige ver.di-Aktive und ehemaliges Mitglied der Tarifkommission öffentlicher Dienst.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:
AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12